

Zentrumsabgeordneten sogar dem Kabinett ihres Parteiführers Marx das Vertrauen verweigert, und zwei weitere Zentrumsabgeordnete (Koenig und Baumann) haben unter jehdenscheinigen Gründen gesagt, weil das Kabinett Marx den Sozialdemokraten Severing enthielt. (Das Kabinett Marx hätte sonst eine Mehrheit erzielt.)

Diese Handlung hat zu einem heftigen häuslichen Krieg im Zentrum geführt, der um so weniger als die Auseinandersetzung mit zwei beliebigen Abgeordneten gelten kann, als Herr von Papen (der übrigens 1914/15 in den Vereinigten Staaten als Mitglied der diplomatischen Vertretung Deutschlands eine höchst unheilvolle Rolle gespielt hat) der Vertrauensmann des Freiherrn von Kerdoring ist. Die preussische Zentrumsfraktion hat die beiden Frondeure aufgefodert, ihre Mandate niederzulegen. Beide haben dies mit Berufung auf Kundgebungen ihrer landwirtschaftlichen Wähler abgelehnt. Und diese haben sich auch tatsächlich ganz unmissverständlich geäußert. Der landwirtschaftliche Beirat der rheinischen Zentrumspartei hat sich sofort und rückhaltlos hinter die beiden Abgeordneten gestellt, ebenso einige Tage später der landwirtschaftliche Beirat in Westfalen, der ausdrücklich ihr Verhalten billigte und sie ersuchte, ihre Mandate beizubehalten. Außerdem haben sich zahlreiche Einzelvereine und bäuerliche Zentrums-Zeitungen für sie erklärt. Es wird dabei offen von einer Spaltung des Zentrums und einem Anschluß an die Bayerische Volkspartei gesprochen. In der Kreisfelder Niederrheinischen Bauern-Zeitung war am 22. Februar zu lesen:

„Die Landwirtschaft begrüßt die Niederlage der preussischen Weimarer Koalition. Sie ist den vier Zentrumsabgeordneten, die zu dieser Niederlage durch ihr Fernbleiben beigetragen haben, äußerst dankbar. Sie wird diese Abgeordneten gegen jede Willkür ihrer Partei schützen.“

Wurde in einer Sitzung des westfälischen Provinzialausschusses der Zentrumspartei in Hamm nach langen Verhandlungen in Gegenwart von Marx eine Vertrauens-Entscheidung für die preussische Landtagsfraktion angenommen, ohne daß man aber deren Verhalten gegen die Fraktion billigte, so wird von allen landwirtschaftlichen Organisationen Sturm gelaufen gegen diejenigen von den agrarischen Kreisen des Zentrums präsentierten Abgeordneten, die für das Kabinett Marx gestimmt haben.

Für die Wirkung der Vorgänge auf das Zentrum ist es bezeichnend, daß beispielsweise die Dortmunder *Trömnia*, ein Organ der Zentrums-Arbeiterfraktion, dafür eintritt, Severing fallen zu lassen. Das bedeutet einen glatten Verzicht solcher Zentrumsgruppen auf die Weimarer Koalition in Preußen, die man bisher für deren festeste Stützen hielt. Es kommt hinzu, daß auch gewisse christliche Gewerkschaftskreise für die Isolierung der Sozialdemokratie eintreten. Als deren Hauptvertreter tritt immer wieder *Stegerwald* auf, der sich auch für Schutzgröße einsetzt. Dieser sprach am 15. Februar in einer Sitzung des Kölner Arbeiter-Beirats der Zentrumspartei. Er warnte davor, sich durch Festhalten an der Koalition mit der Sozialdemokratie zukünftig ausschalten oder spalten zu lassen, das Zentrum müsse auf den Boden „eines gemäßigten christlichen Konservatismus mit resolut sozialer vollstimmiger Politik“ treten. In Hamm hat Stegerwald dann erklärt, „daß eine christliche Arbeiterbewegung auf die Dauer unmöglich sei, wenn nicht eine scharfe Trennungslinie zwischen der christlichen und der sozialdemokratischen Bewegung herausgearbeitet werde.“ Ähnliche Gedankenläufe sind von andern christlichen Gewerkschaftsführern laut geworden, wenn sie auch vielfach (und vorläufig überwiegend) abgelehnt werden.

Immerhin sieht das Zentrum so im Zeichen eines agrarischen Ansturms auf die Politik, die ihm Anteil an der schwarz-rot-goldenen Koalition verschaffte. Es vollzieht sich gegen die Zentrumsarbeiter ein Prozeß, in dessen Folge das Zentrum in die Front der Interessenvertretung des Kapitalismus noch stärker einbezogen wird. Das bedauerliche für die wieder auf sich selbst gestellte und ihrer eigentlichen Aufgabe zurückgegebene sozialistische Arbeiterbewegung ist nur, daß sie gute Zeit und ihre Kraft einem Phanton opferte, das nicht einmal ein schönes war.

Kein Ausschluß der Frondeure?

III. Berlin, 3. März.

Wie der Börsenzeitung aus parlamentarischen Kreisen gemeldet wird, soll die Fraktion der Zentrumspartei des preussischen Landtages beschloßen haben, den Ausschluß der Abgeordneten von Papen und Voennark zurückzunehmen. Dies soll auf die Vermittlung des Ministerpräsidenten Marx zurückzuführen sein.

Auf einer Tagung der Vorstände der rheinischen Zentrumspartei des Wahlkreises *Rhein-Nahe* an wurden die Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus erörtert, die sich an die Namen von Papen, Voennark und Baumann knüpfen. Abg. Baumann legte die Motive dar, die ihn bei seiner Handlungswahl geleitet hätten. Im Anschluß an eine fast dreistündige Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die den Ministerpräsidenten Marx und der Zentrumsfraktion des preussischen Landtages volles Vertrauen ausdrückt. Da nur eine in sich geschlossene Zentrumsfraktion unter den gegenwärtigen Verhältnissen ihre Stellung behaupten könne, wird von dem Abgeordneten Baumann erwartet, daß er unbeschadet des Rechts der Freiheit der Abstimmung der Notwendigkeit einer einheitlichen Aktion der Fraktion bei wichtigen Anlässen künftige Rechnung trägt.

Die Internationale und die Barmat-Affäre.

Von Friedrich Adler.

Wir entnehmen dem nachfolgenden Aufsatz der von der Soz. Arbeiter-Internationale herausgegebenen Internationalen Information. D. Red.

Die schweren persönlichen Verfehlungen einzelner namhafter Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie, die in Verbindung mit der Barmataffäre bekannt wurden, sind für die Kommunisten natürlich die willkommenen Gelegenheiten zu einem Vorstoß großen Stils gegen die deutsche Sozialdemokratie. Die Kommunisten hoffen, daß es ihnen mit ihren bekannten Verleumdungsmethoden gelingen werde, die begründeten Vorwürfe gegen einzelne Personen in eine Erschütterung des Vertrauens zur Partei als solcher überzuweisen. Und im weiteren hoffen die Kommunisten diese Waffe sogar im internationalen Maßstab auszunutzen zu können, indem sie versuchen, die Sozialistische Arbeiter-Internationale mit der Barmat-Affäre in Verbindung zu bringen.

Die Abwehr des kommunistischen Manövers in Deutschland ist vor allem die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie selbst, und sie wird ihr gelingen, wenn sie an der rückwärtigen Entschlossenheit und Strenge, die sie im Fall Gustav Bauer bewies, unentwegt festhält. Den Verleumdungen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kann sehr leicht ein Niesel vorgehalten werden. Die Erzählungen der Kommunisten beziehen sich auf eine

Zeit, die vier Jahre vor der Gründung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale liegen.

Die Kommunisten haben es stets für zweckmäßig gehalten, die Tatsache, daß der Hamburger Kongreß im Mai 1923 die Neugründung einer internationalen Organisation vornahm, der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, die auf vollständig neuen Statuten sowohl in prinzipieller als organisatorischer Richtung aufgebaut wurde, dadurch zu verschleiern, daß sie sie konsequent als „die Zweite Internationale“ bezeichneten. Bei diesem Verfahren stütze es sie niemals, daß vor dem Hamburger Kongreß nicht nur die Internationale Arbeitgemeinschaft Sozialistischer Parteien (I.A.G.S.P.), sondern auch die Zweite Internationale ihre Auflösung in aller Form erklärt haben. Der Beschluß der Exekutive der Zweiten Internationale lautete:

Ebenso wie die Wiener Arbeitgemeinschaft wird auch die Zweite Internationale sofort, nachdem die Organisationskommission ihren Bericht erstattet und der Kongreß zu einer Entscheidung gelangt ist, aufgelöst. Dies wird automatisch verhindern, daß irgendeine der beiden Körperschaften weiterbestehen kann.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale war niemals geonnen, irgendeine wie immer geartete Verantwortung für irgend etwas, was vor ihrer Gründung geschah, zu übernehmen. Sie tat dies mit gutem Vorbedacht; nicht wegen der fächerlichen Verdrängungen, die jetzt die Kommunisten an eine Sitzung der Zweiten Internationale im Jahre 1919 knüpfen, sondern wegen der großen ersten politischen Probleme, die die Kriegszeit aufgerollt hat. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale will unbelastet von der Vergangenheit an den großen Aufgaben der Arbeiterklasse auf internationalem Gebiet arbeiten können. Sie nimmt für sich daselbe Recht in Anspruch wie die Kommunistische Internationale, die es selbstverständlich auch ablehnen würde, mit Ereignissen vor ihrer Gründung belastet zu werden, weil Lenin und Rosa Luxemburg in der Exekutive der Zweiten Internationale saßen.

Aber so überflüssig es ist, die Sozialistische Arbeiter-Internationale, die mit der Barmat-Affäre überhaupt keinerlei Zusammenhang haben konnte, gegen Anschuldigungen zu verteidigen, die sich auf Ereignisse, die vier Jahre vor ihrer Gründung liegen, beziehen, so wenig ist es unsere Absicht, die

Auslegung zuzulassen, als hätte es die Mitglieder der Zweiten Internationale wegen der Sitzung, die im April 1919 in Amsterdam stattfand, irgend ein Vorrecht mit Recht erhoben werden. Da der Schreiber dieser Zeilen an jener Sitzung in Amsterdam nicht teilgenommen hat, die Brüder Barmat weder gesehen, noch mit ihnen irgendeine wie immer geartete Verbindung hatte, ja bis zu ihrer Verhaftung nicht einmal ihren Namen kannte, kann er ganz unbefangenen den Sachverhalt feststellen.

Mit Recht hat die Wiener Arbeiter-Zeitung in ihrem großen Artikel über den „Fall Gustav Bauer“ gesagt: „Die Genossen, denen Barmat von einem holländischen Sozialdemokraten, dessen Ehrenhaftigkeit über jeden Zweifel erhaben ist, empfohlen worden war, konnten in den Jahren 1919 und 1920 natürlich nicht voraussehen, daß Barmat fünf Jahre später eines Verbrechens beschuldigt werden wird.“ Dies gilt in noch erhöhtem Grade für die Mitglieder der Exekutive der Zweiten Internationale, die sich damals zwei oder drei Tage in Amsterdam aufgehalten haben und von holländischen Genossen mit einem Manne bekanntgemacht wurden, gegen den damals niemand Mißtrauen haben konnte und um dessen Persönlichkeit oder gar Gesichte sie sich zu kümmern weder Grund noch Interesse vorlag. Man kann sehr wohl der Meinung sein, daß es einzelne deutsche Sozialdemokraten an der gebotenen Vorsicht im Verkehr mit Barmat fehlen ließen, als er sich schon als Schieber großen Stils entpuppte. Für die Mitglieder der Exekutive, die sich 1919 in Amsterdam aufhielten, kann auch beim strengsten Maßstab kein Tadel in Frage kommen.

Zum Schluß ein persönliches Wort. Der Berliner *rote Fahne* vom 22. Februar sagt: „Sollte der Rücktritt Friedrich Adlers von der Leitung der 2. Internationale ein geschickter Versuch der Austro-Markisten sein, sich rechtzeitig aus dem Sumpf zu retten?“ Um jede Legendenbildung zu verhindern, will ich feststellen, daß ich meinen Rücktritt als Internationaler Sekretär schon ein halbes Jahr, bevor ich überhaupt den Namen Barmat hörte, der Exekutive der S.A.Z. angekündigt habe. Es war nie meine Gewohnheit, mich feige zurückzuziehen, wenn schwere Zeiten für die Arbeiterbewegung kommen. Und wenn jetzt die deutsche Sozialdemokratie durch die Verfehlungen einzelner ihrer Mitglieder schwer zu leiden hat, dann ist nicht der Moment, vor den Schwierigkeiten davonzulaufen, sondern Pflicht internationaler Solidarität, dem deutschen Proletariat zu helfen, daß es bald die Schlappen überwinde und wieder vollständig kampffähig werde.

Zum Tode des Reichspräsidenten.

Um die Nachfolgerschaft.

Noch ist man dabei, die Vorbereitungen für die Beisehungsfestlichkeiten zu treffen und schon sind alle rechts- und linksnationalistischen Kreise dabei, das Handwerk des Leichenfledderers auszuüben. Hielt sich in den ersten Stunden die Presse der nationalistischen Intransigenz zurück, um der Majestät des Todes ihren Tribut zu zollen, so setzt nunmehr die Verleumdungskampagne an dem Toten ein. Schon am Sonntag zitierte der Vorwärts die Bergisch-Märkische Zeitung, die wohl das Schamloseste, das nur noch durch seine Geschmacklosigkeit übertroffen werden kann, zum Tode des Reichspräsidenten geschrieben hatte. Ueber den Geschmack läßt sich nicht streiten, aber die nationalistischen Leichenfledderer haben alles „Recht“, sich als Angehörige des „Volkes der Dichter und Denker“ zu rühmen.

Die Schamlosigkeit der Bergisch-Märkischen haben dem Berliner *Localanzeiger* keine ruhige Minute gegönnt. Er geht dazu über, die Bergisch-Märkische zu variieren und beginnt vom „Märtyrertod Friedrich Ebert — gestorben an Darmfäulnis im Gefolge einer brandigen Entzündung des Wurmfortsatzes und des Bauchfells“ zu sprechen.

Die Preßorgane der Rechten werden, wie wir gestern schon bemerkten, in ihren Schimpfereien nur noch übertroffen von der *Roten Fahne*, die am Schluß ihres „Gedenk-artikels“ schrieb:

„Sein Tod ist wie ein Symbol. Er starb an eitriger Auflösung seiner Organe. Seine Partei verweilt, zeressen und sinkend von Korruption.“

Es wäre demzufolge denkbar, daß die Organe der Rechts- und der Linksblockschweifen aus einer gemeinsam bezahlten Preßverleumdungskonföke gestillert werden. Warum nicht auch? Die Schiebergelder der Hugenbergpresse dürften sich

gemeinsam mit den Kubeln Sinowjews sehr gut eignen, alles andere in den Kot zu ziehen, was nicht etwa wie der rühmlich bekannte Graf Reventlow auf das schwarz-weiß-rote Hakenkreuz oder die Rote Fahne mit der Sowjetfahne schwört.

Es versteht sich neben her, daß jetzt bereits der Kampf um die Kandidaturen für die Nachfolgerschaft Eberts entbrannt. Insbesondere die Rechtspresse ist bestrebt, die Geister für ihre Zwecke zu mobilisieren. Zunächst handelt es sich um den Tag der Wahl, aber auch die etwa in Frage kommenden Kandidaten werden in den Lichtkreis parteipolitisch beleuchteter Debatten gezogen. Wie an anderer Stelle mitgeteilt wird, ist für kommenden Sonnabend der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei nach Berlin berufen worden, dem dann am Sonntag eine Redakteurkonferenz folgen soll. Es ist anzunehmen, daß sich beide Tagungen mit den Präsidentschaftswahlen beschäftigen sollen.

Wir drücken unlängst den Beschluß der Zwickauer Bezirksorganisation ab, in dem verlangt wurde, daß die Partei einen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufstellen soll. Wir wollen uns heute über dieses taktische Problem nicht äußern. Als eventueller Kandidat für die Sozialdemokratische Partei läme wohl nur der Präsident des Reichstages, Genosse *Löbe*, in Betracht. Er verfügt auch in bürgerlichen Kreisen über die erforderliche Popularität, um mit einigem Recht für die Präsidentschaftskandidatur genannt zu werden.

Ueber die Aussichten einer eventuell gemeinsamen Kandidatur der republikanischen Parteien schreibt der Sozial. Pressedienst:

Die Kandidatur, für die wir schließlich in unserem Interesse die Wahlkraft ausschalten, ist vorläufig noch vollkommen ungewiß. Nur eines ist so gut wie sicher, daß unser oberstes Ziel die Wahl eines Republikaners sein muß. Die Aussichten für diesen Sammelkandidaten, sei es nun im ersten oder zweiten Wahlgang, sind u. E. gut. Zieht man z. B. die Gesamtergebnisse der letzten Reichstagswahlen zu einer Vorauslage heran, dann ergibt sich für die drei republikanischen Parteien eine Stimmenzahl von rund 14 Millionen, während die ausgesprochen monarchistischen Parteien, mit Einschluß der Deutschvölkischen, rund 10 Millionen Stimmen erhielten. Selbst wenn man die Bayerische Volkspartei mit 2 Millionen Stimmen den Monarchisten zurechnet, ergibt sich für die Republikaner nach der Wahl vom 7. Dezember immer noch ein Plus von 2 Millionen Stimmen. Dieses Plus kann im schlechtesten Falle um 1 Million Wählerstimmen, die bei der letzten Wahl auf die Wirtschaftspartei entfielen, reduziert werden. Aber es ist ein offenes Geheimnis, daß ein großer Teil der Wirtschaftspartei für den republikanischen Kandidaten stimmen wird und es ist anzunehmen, daß auch der größte Teil der Stimmen der Bayerischen Volkspartei diesem Kandidaten zufallen, wenn es gelingt, den richtigen Mann zu finden. Die kommunistischen Stimmen dürften bei der Wahl des Reichspräsidenten überhaupt keine Bedeutung erlangen, da die Mostowitzer auf Gehelß ihrer russischen Größen zweifellos eine eigene Kandidatur aufstellen und sich deshalb von vornherein von der Entscheidung selbst ausschließen.

Der Sozialdemokratische Pressedienst erörtert weiterhin das Problem der Stellvertretung für den Reichspräsidenten, das in der Weimarer Verfassung nur ungenügend gelöst worden ist. Er schreibt:

Bevor jedoch die endgültige Wahl des Reichspräsidenten vorgenommen wird, ist u. E. die Frage der Stellvertretung des verstorbenen Reichspräsidenten zu lösen. Es ist insbesondere aus politischen Gründen ein Ding der Unmöglichkeit, daß Luther ein Vierteljahr lang Reichkanzler und Reichspräsident in einer Person ist. Mit einer Frist von drei Monaten bis zur endgültigen Wahl aber ist zu rechnen, wenn es nicht gelingt, im ersten Wahlgange eine klare Entscheidung herbeizuführen. Was soll z. B. geschehen, wenn in dieser Zeit eine Regierungskrise eintritt? Eine derartige Möglichkeit ist bei der Wankelmütigkeit der Deutschen, und den schwierigen außenpolitischen Lage nicht ausgeschlossen. Will sich Herr Luther für diesen Fall selbst mit der Bildung einer neuen Regierung betrauen?

Daß diese Beschränkungen nicht kurzerhand von der Hand gewiesen werden können, ergibt sich ohne weiteres, wenn man auf den Konflikt im preussischen Abgeordnetenhaus verweist. Sofern sich dort das Zentrum weiterhin auf den Boden der Beschlüsse stellt, die für seine Haltung bisher maßgeblich waren, dann muß sich über kurz oder lang der Gegensatz zwischen dem Zentrum und den Rechtsparteien auch im Reichstage erneut verschärfen, so daß mit allen Möglichkeiten gerechnet werden kann. Wie würde dann die Stellung Dr. Luthers sein, der dann, wie der Pressedienst sehr richtig bemerkt, als Stellvertreter des Reichspräsidenten etwa sich selbst mit einer

Der gemeinsame Kandidat der Rechtsparteien für die Reichspräsidentenwahl



in kompletter Wechselkleidung je nach Bedarf.